

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

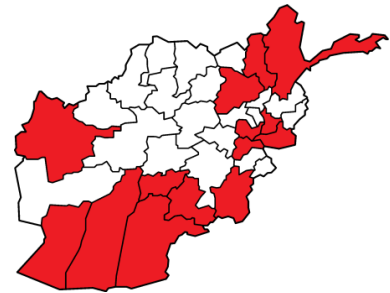
Briefing Notes

16. Januar 2017

Afghanistan

Bewaffnete Auseinandersetzungen

Weiterhin kommt es zu Kampfhandlungen, Überfällen und Anschlägen, bei denen teilweise auch Zivilisten getötet oder verletzt werden. Nach Presseberichten waren in der vergangenen Woche folgende Provinzen betroffen: Nimroz, Helmand, Zabul, Uruzgan (Süden), Nangarhar (Osten), Paktika (Südosten), Logar (Zentrum), Badakhshan, Takhar (Nordosten) und Kapisa (Zentrum).



Anschläge und Übergriffe

Am 10.01.17 wurden bei einem Doppelanschlag durch einen Selbstmordattentäter und eine Autobombe in Kabul bis zu 30 Menschen getötet und bis zu 80 verletzt. Der Anschlag, zu dem sich die Taliban bekannten, ereignete sich gegen 17 Uhr Ortszeit in der Darulaman-Straße nahe dem Palamentgebäudes. Unter den Opfern sind zahlreiche Parlamentsmitarbeiter, die auf dem Nachhauseweg waren. Auch Ministerien und die Amerikanische Universität befinden sich in der Nähe. Am selben Abend starben bei einer Explosion im Haus des Gouverneurs der Provinz Kandahar (Süden) elf Menschen, acht wurden verletzt. Unter den Toten befanden sich afghanische Regierungsvertreter und fünf Diplomaten aus den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), darunter der Gouverneur der Provinz und der Botschafter der VAE. Wer den Anschlag verübte, ist nicht klar. Die Taliban stritten eine Beteiligung ab. Sicherheitskräfte vermuten das Haqqani-Netzwerk hinter dem Anschlag. Weiterhin wurden am 10.01.17 in Herat (Westen) ein Mitarbeiter der Afghan Telecom Company bei einem Angriff der Taliban getötet und einer verletzt (Taliban zerstören immer wieder Funkmasten, um die Kommunikation zu unterbinden). In Lashkargah, der Hauptstadt der Provinz Helmand (Süden), wurden bei einem Selbstmordanschlag in der Nähe eines Standorts der Sicherheitskräfte sieben Zivilisten getötet und sechs verwundet.

Am 11.01.17 starben in der Provinz Farah (Westen) zwei Frauen bei der Explosion einer an der Straße versteckten Bombe. In Nangarhar (Osten) wurden bei zwei Anschlägen im Distrikt Kot ein Polizist und elf Studenten getötet.

Am 14.01.17 setzten IS-Kämpfer im Distrikt Kot der Provinz Nangarhar (Osten) 65 Häuser von Zivilisten in Brand.

Am 15.01.17 starben sieben Zivilisten bei einem Bombenanschlag in der Provinz Nangarhar (Distrikt Pachiragam). Im Distrikt Haska Mena wurden 13 Lehrer von IS-Kämpfern entführt.

Am 16.01.17 wurde ein Regierungsmitarbeiter in Baghlan (Nordosten) bei einem Anschlag verletzt.

Zahlreiche Angriffe auf Journalisten im Jahr 2016

Nach Angaben einer Organisation, die sich für eine freie Presse in Afghanistan einsetzt, wurden 14 Reporter und Medienmitarbeiter im Jahr 2016 getötet. Insgesamt habe es in diesem Jahr 420 Angriffe auf Journalisten gegeben, davon 320 verübt durch die Taliban.

Türkei

Verfassungsreform

Das Parlament stimmte den insgesamt 18 Artikeln der geplanten Verfassungsreform für ein Präsidialsystem mit Dreifünftelmehrheit von 330 der 550 Parlamentarier zu. Die Artikel müssen jedoch auch in einem zweiten Wahlgang dieselbe Mehrheit erzielen. Grundsätzlich sind dafür auch Stimmen der Opposition nötig, da die Regierungspartei AKP nur über 316 der insgesamt 550 Mandate verfügt. Das Gesamtpaket der Änderungen muss am Ende der rund zweiwöchigen Debatte eine Dreifünftelmehrheit erzielen, damit es im Frühjahr dem türkischen Volk in einem Referendum zur Abstimmung vorgelegt werden kann. Bei der Abstimmung im Parlament gab es am 12.01.17 handgreifliche Auseinandersetzungen zwischen Abgeordneten der Regierungspartei und der Opposition.

Haftstrafe für HDP-Abgeordnete

Am 13.01.17 verurteilte das Strafgericht in Diyarbakir die HDP-Parlamentarierin Nursel Aydogan zu einer Haftstrafe von mehr als viereinhalb Jahren. Die Abgeordnete für Diyarbakir soll nach Medienberichten Straftaten im Namen einer Terrororganisation begangen haben. Das Gericht habe sich in seinem Urteil auf ihre Teilnahme an Beerdigungen von PKK-Mitgliedern vor sechs Jahren bezogen. Aydogans Anwalt kündigte Berufung gegen das Urteil an.

Es ist das zweite Mal seit dem Aufheben der parlamentarischen Immunität der HDP-Abgeordneten im Mai 2016, dass ein Gericht eine Gefängnisstrafe gegen eine HDP-Abgeordnete verhängt. Zuletzt war im November 2016 die Co-Vorsitzende Figen Yüksesdag wegen Terrorpropaganda zu einer zehnmonatigen Haftstrafe verurteilt worden, die noch nicht rechtskräftig ist.

Syrien

Damaskus

Nach Medienberichten soll der Militärflughafen bei Damaskus in der Nacht zum 13.01.17 von mehreren Raketen getroffen worden sein, angeblich abgefeuert von israelischen Kampffjets. Berichte sprechen von mindestens vier Verletzten. Israel gab bisher keine Stellungnahme ab. Nach Angaben der syrischen Regierung handelte es sich um die dritte derartige Militäraktion in jüngster Zeit, die Israel zugerechnet wird. Am 12.01.17 kamen nach Meldung der staatlichen Nachrichtenagentur Sana bei einem Selbstmordanschlag in Damaskus mindestens sieben Menschen ums Leben, als ein Mann in der Nähe eines Sportvereins seinen Sprengstoffgürtel zündete. Nach Angaben der oppositionsnahen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte erfolgte der Anschlag in der Nähe von militärischen und Geheimdiensteinrichtungen.

Irak

Kurdische Autonomiegebiete

Am 11.01.17 gaben PUK und PDK, ein Komitee bilden zu wollen, um mit der irakischen Zentralregierung über ein kurdisches Unabhängigkeitsreferendum sowie die Klärung des Grenzverlaufs Irakisch-Kurdistan zu verhandeln soll. Bei den Verhandlungen soll es auch um Entschädigungen und ein Rückkehrrecht für Kurden gehen, die im Zuge der „Arabisierung“ durch Saddam Hussein vertrieben worden waren.

Hussein Koro von der Behörde für Yezidenangelegenheiten verkündete am 12.01.17, dass inzwischen 75 % der vom IS entführten yezidischen Frauen und Mädchen befreit worden seien.

Alliierte Operation gegen IS in Mossul

Die alliierte Operation gegen den IS in Mossul schreitet voran; im Laufe der Woche wurden mehrere Stadtviertel zurückerobert und am 09.01.17 das Tigris-Ufer erreicht. Es gibt viele Opfer unter der Zivilbevölkerung. 130.000 Zivilisten sollen seit Beginn der Operation die Stadt verlassen haben. Hinsichtlich der Kriegsführung beider Seiten, insbesondere des IS, wird von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen berichtet.

Region Kirkuk

Es gibt Berichte, wonach schiitische Milizen sunnitischen Arabern, die sich vor dem IS nach Kirkuk gerettet hatten, die Rückkehr in die inzwischen weitgehend befriedete Region Salah ad-Din verwehren.

Am 13.01.17 wurden in der Nähe Kirkuks eine Mutter und ihre vier Kinder vom IS öffentlich lebendig verbrannt, weil sie versucht hatten, aus dem IS-Gebiet zu flüchten.

Bagdad

Zum wiederholten Mal forderte der irakische Ministerpräsident Haidar Abadi am 10.01.17 die türkischen Einheiten im Nordirak zum Rückzug auf. Begleitet wurde dies von Drohungen führender Mitglieder der Volksmobilisierungskräfte, notfalls Gewalt anzuwenden.

Am 11.01.17 fällt der Strafgerichtshof in Bagdad in einem Massenprozess Urteile gegen insgesamt 57 Mitglieder schiitischer Milizen, hauptsächlich wegen Mordes und illegalen Waffenbesitzes. Die Strafen reichen von 15jährigen Haftstrafen bis zu Todesstrafen.

Der IS verübte mehrere Bombenanschläge, v.a. in Sadr City. Dies führte am 10. und 11.01.17 zu Demonstrationen mit der Forderung nach besseren Sicherheitsvorkehrungen führte.

Iran/USA

Warnschüsse der US-Marine im Persischen Golf

Mit Warnschüssen hat ein Kriegsschiff der US-Marine auf die Annäherung mehrerer Boote der iranischen Pasdaran im Persischen Golf reagiert. Vier Schnellboote hätten sich am 15.01.17 mit hoher Geschwindigkeit dem Zerstörer „USS Mahan“ genähert, sagte ein Sprecher des US-Verteidigungsministeriums.

Bahrain

Unruhen nach Hinrichtung von Schiiten

Drei wegen eines Bombenanschlags im Jahr 2014 auf Polizeikräfte zum Tod verurteilte Angehörige der schiitischen Bevölkerungsmehrheit wurden am 15.01.17 durch Erschießen hingerichtet. Es handelte sich um die ersten Exekutionen seit 2010.

Libyen

Benghazi

In der Stadt gab es wiederholt Gefechte zwischen Islamisten (v. a. der Ansar Al-Scharia) und Truppen, die Khalifa Haftar gegenüber loyal sind. Dabei kam es am 16.01.17 zu einem Absturz einer Mig-23 aus bisher ungeklärter Ursache.

Am 11.01.17 flog die russische Armee Khalifa Haftar zu einem Besuch auf den vom Syrien-Einsatz zurückkehrenden russischen Flugzeugträger Kuznetsow. Haftar kontrolliert einen Großteil der früheren libyschen Nationalarmee und steht in Opposition zur Einheitsregierung, die von der UN und der EU unterstützt wird.

Marokko

Burka-Verbot erlassen

Unter Berufung auf marokkanische Medien berichtet BBC, dass im muslimisch geprägten Land die Einfuhr, den Verkauf und die Produktion des Ganzkörperschleiers Burka verboten worden sind. Offizielle Bestätigungen gibt es derzeit nicht. Nach Informationen eines hochrangigen Verantwortlichen im Innenministerium handele es sich um eine Sicherheitsmaßnahme, da Kriminelle die Burka missbrauchen, um Verbrechen zu begehen. Die Online-Zeitung Al yaoum 24 schreibt: „Bestimmte Extremisten nutzen die Burka für terroristische Attentate.“ Ob auch das Tragen der Burka untersagt wurde, ist unklar. Mehrere

Händler, so heißt es, seien bereits von Beamten aufgesucht oder angeschrieben worden, um ihnen mitzuteilen, dass sämtliche Bestände an Burkas binnen 48 Stunden zu vernichten seien. Die Burka ist in Marokko kaum verbreitet. Religiöse Frauen tragen meist nur Kopftuch (Hidschab) oder Nikab, einen Gesichtsschleier mit Sehschlitz, der mit einem langen Gewand kombiniert wird.

Gambia

ECOWAS bereit zum Militäreinsatz

Der nigerianische Präsident Muhammadu Buhari und weitere Delegierte der westafrikanischen Staatengemeinschaft Ecowas reisten am 13.01.17 in die gambische Hauptstadt Banjul, um Präsident Yahya Jammeh von einer friedlichen Machtübergabe zu überzeugen. Buhari hatte zuvor unter der Voraussetzung eines friedlichen Machtwechsels Asyl angeboten. Die Gespräche verliefen jedoch ohne Ergebnis, wie ein Sprecher des siegreichen Oppositionskandidaten Adama Barrow im Anschluss bilanzierte. Jammehs Mandat endet am 18.01.17 und die Afrikanische Union beschloss am 13.01.17, Jammeh ab dem 19.01.17 nicht mehr als Präsident anzuerkennen. Sie warnte ihn vor ernsthaften Konsequenzen, sollte sein Vorgehen zu politischem Tumulten führen oder negative humanitäre Folgen haben, etwa den Verlust unschuldiger Leben oder Zerstörung von Eigentum. Eine Entscheidung über die Beschwerde Jammehs gegen das Wahlergebnis wird es wegen fehlender Richter erst in einigen Monaten geben. Jammeh meint, dass er bis zur Urteilsverkündung regieren könne. Dem widersprechen Juristen. Informationsminister Sheriff Bojang legte aus Protest gegen die Rücktrittsweigerung seines Chefs sein Amt nieder. Zwölf Botschafter, die sich hinter Wahlsieger Barrow gestellt haben, wurden entlassen. Während Soldaten die Straßen der Hauptstadt Banjul kontrollieren, die Geschäfte geschlossen sind und viele Gambier sich in den benachbarten Senegal abgesetzt, fordern westliche Vertretungen ihre Bürger zum Verlassen des Landes auf.

Äthiopien

Bombenangriff auf Hotel

Durch einen Sprengstoffanschlag auf das Hotel Entasal in Gondar (nördliche Region Amhara) geworfen worden war, starb ein Mensch, 19 weitere erlitten Verletzungen. Behördenvertreter vermuten eine Gruppe zur Destabilisierung des Friedens als Täter. In der Region war es in den vergangenen Monaten zu Zusammenstößen von Sicherheitskräften und oppositionellen Demonstranten gekommen.

Die Unruhen begannen im November 2015 mit der Ankündigung neuer Bauprojekte um die Hauptstadt Addis Abeba. Die ländliche Bevölkerung fühlt sich zunehmend von der Regierung benachteiligt. Besonders betroffen sind die Volksgruppen der Oromo und Amharen, die knapp zwei Drittel der rund 100 Millionen Einwohner ausmachen. Anfang Oktober hatte die Regierung einen nationalen Notstand ausgerufen. Seither wurden Regierungsangaben zufolge rund 22.000 Menschen festgenommen, knapp 10.000 wieder freigelassen.

Nigeria

Boko Haram: Selbstmordanschläge im Nordosten

Am 11.12.16 sprengten sich zwei Frauen in Maiduguri (Hauptstadt des Bundesstaates Borno) in der Umgebung des Montagsmarkts in die Luft. Eine Person starb; 18 erlitten Verletzungen.

Am Abend des 08.01.17 zündeten drei Selbstmordattentäter in Maiduguri im Gebiet Garage Muna nahe einer Kontrollstelle des Militärs ihre Sprengstoffgürtel. Ein Zivilist kam um. Ferner sprengten sich in derselben Nacht zwei Selbstmordattentäterinnen in Maiduguri im Gebiet Kaleri in die Luft. Zwei Unbeteiligte starben. Für die Anschläge wird die islamistische Terrororganisation Boko Haram verantwortlich gemacht.

Kamerun

Tote bei Demonstration der Opposition

Am Morgen des 08.12.16 fand in der Stadt Bamenda (Hauptstadt der Region Nordwest) eine Demonstration der Opposition statt, um eine am selben Tag geplante Versammlung der Regierungspartei CPDM in der Stadt zu verhindern. Hierbei kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und den teils mit Steinen, Stöcken und Macheten bewaffneten Demonstrationsteilnehmern. Sicherheitskräfte erschossen bis zu vier Demonstranten.

Von den zehn Regionen Kameruns sind acht französischsprachig und zwei englischsprachig. Die Demonstranten beklagen eine Benachteiligung gegenüber der mehrheitlich frankophonen Bevölkerung. Im Oktober 2016 riefen in den englischsprachigen Regionen, in denen das englische Zivilrecht gilt, Anwälte zu einem Streik auf, um gegen die Anstellung von im französischen Recht ausgebildeten französischsprachigen Richtern zu protestieren. Am 21.11.16 traten Lehrer in den anglophonen Regionen wegen der Entsendung französischsprachiger Lehrer in Streik. Ende November 2016 wurden bei Protesten in den englischsprachigen Regionen mindestens 100 Personen verhaftet.

Côte d'Ivoire

Meuterei beendet

Regierung und meuternde Soldaten einigten sich im Streit um den Sold. Ein Behördenvertreter erklärte, den Soldaten sei ein Sonderbonus von jeweils 7.500 Euro zugesagt worden. Das Geld soll schrittweise über mehrere Monate ausgezahlt werden. Die Soldaten hätten zunächst das Doppelte gefordert. Der Durchschnittsverdienst liegt bei ca. 150 Euro im Monat.

Die Meuterei hatte vor einer Woche in Bouaké begonnen und sich auf andere Armeestützpunkte ausgedehnt (vgl. BN v. 09.01.17). Als die Soldaten den Verteidigungsminister für kurze Zeit in ihre Gewalt brachten, wurde ein Militärputsch befürchtet. Tote oder Verletzte gab es nicht.

Der nahezu zeitgleiche Rücktritt der Regierung steht in keinem Zusammenhang mit der Meuterei. Die Demission folgt der Parlamentswahl im Dezember 2016. Nach der konstituierenden Sitzung des Parlaments wird der Präsident einen neuen Regierungschef ernennen.

EJR Mazedonien

VMRO-DPMNE sucht einen Koalitionspartner

Nach dem knappen Wahlsieg der konservativen VMRO-DPMNE (vgl. BN v. 09.01.17) hat Präsident Gjorge Ivanov den Parteivorsitzenden und ehemaligen Premier Nikola Gruevski mit der Regierungsbildung beauftragt. Bekommt er innerhalb von 20 Tagen keine stabile Regierungsmehrheit zusammen, ist die sozialdemokratische SDSM am Zug.

Ein erster Versuch, mit der albanischen DUI (bisheriger Koalitionspartner) eine Vereinbarung zu erzielen, scheiterte an deren Forderungen, u.a. nach Albanisch als gleichberechtigter zweiter Sprache. Bislang haben alle anderen Parteien eine Zusammenarbeit mit Gruevski ausgeschlossen.

Kosovo

Start der gesetzlichen Krankenversicherung erneut verschoben

Neuesten Meldungen zufolge soll der Starttermin der gesetzlichen Krankenversicherung kurzfristig vom 01.01.17 auf den 01.07.17 verschoben worden sein (vgl. BN v. 09.01.17).

Serbien

Transitflüchtlinge von Winterkälte betroffen

Neuesten Schätzungen zufolge halten sich in Serbien derzeit etwa 7.200 Transitmigranten auf, die vom Kälteeinbruch massiv betroffen sein sollen. In vielen Teilen Serbiens herrschen Temperaturen um minus 28 Grad. Ca. 5.800 Personen befinden sich zwar – wenn auch unter häufig sehr schwierigen hygienischen Bedingungen – in den 16 mittlerweile teils völlig überfüllten staatlichen Flüchtlingseinrichtungen. Bis zu 2.000 Menschen sollen in Belgrad im Freien oder in leerstehenden Gebäuden und 150 an der Grenze zu Ungarn im Freien campieren. Ungarn lässt täglich maximal 35, manchmal nur 20 Flüchtlinge ins Land. Hilfsorganisationen versorgen die Menschen dagegen in Belgrad notdürftig mit Decken und warmen Essen. Sie werfen der serbischen Regierung vor, bei der angemessenen Unterbringung der Flüchtlinge versagt und zudem Hilfsorganisationen an entsprechenden Maßnahmen gehindert zu haben. Die Stadtverwaltung hat damit begonnen, Menschen in beheizbare Unterkünfte zu bringen.

Montenegro

Journalist nach 15 Monaten aus U-Haft freigelassen

Nach 15 Monaten Untersuchungshaft wurde der Journalist Jovo Martinovic freigelassen, der über kriminelle Netzwerke (Organhandel) recherchierte. Er ist angeklagt, zu einem Drogenring zu gehören. Martinovic erhielt erst nach einem Jahr Haft Akteneinsicht. Zahlreiche internationale Organisationen wie die OSZE, Reporter ohne Grenzen und EU-Botschaften haben gegen die lange U-Haft protestiert. Menschenrechtsaktivisten und die Opposition sehen darin den Versuch, einen der führenden investigativen Journalisten des Landes auszuschalten.

Die Pressefreiheit und die Situation von Journalisten ist seit geraumer Zeit Anlass zu massiver Kritik. Reporter ohne Grenzen weist Montenegro bei der Pressefreiheit Platz 106 von 180 zu. Nach Angaben von Human Rights Watch habe es seit August 2015 insgesamt 25 Angriffe auf Journalisten gegeben. In acht Fällen sei die Arbeit der Medien durch willkürliche Festnahmen von Journalisten behindert worden. Beklagt wird auch, dass kaum Vorfälle aufgeklärt werden.

Vietnam

Inhaftierter Aktivist abgeschoben

Der bekannte Blogger und Aktivist Dang Xuan Dieu wurde am 12.01.17 vorzeitig aus der Haft entlassen und nach Frankreich abgeschoben. Dieu gehört zu einer Reihe meist katholischer Aktivisten, die 2011 u.a. wegen ihrer Verbindungen zu der verbotenen Organisation Viet Tan (Vietnam Reform Party, Sitz USA), die sich für Demokratie einsetzt, verhaftet worden waren. Dieu und 13 weitere Personen waren 2013 wegen Umsturzversuches zu Haftstrafen zwischen drei und 13 Jahren verurteilt worden. Derzeit sitzen noch zwei der Verurteilten ein. Im Oktober 2016 stufte Vietnams Regierung Viet Tan erstmals offiziell als terroristische Organisation ein.